



Amtsgericht Duisburg

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Mittwoch, 08.07.2026, 13:00 Uhr,

2. Etage, Sitzungssaal C215, Kardinal-Galen-Straße 124-132, 47058 Duisburg

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Hamborn, Blatt 15594,

BV lfd. Nr. 1

Gemarkung Hamborn, Flur 207, Flurstück 139, Gebäude- und Freifläche,
Entenstraße 10, Wiesenstraße 65, Größe: 664 m²

versteigert werden.

Es handelt sich um ein ca. 1956 in 47169 Duisburg-Marxloh erbautes Mehrfamilienhaus mit Keller. Die Grundstücksgröße beträgt 664 qm. Die Gesamtwohnfläche wurde überschlägig mit ca. 930 qm ermittelt. Eine Innenbesichtigung des Gebäudes und eine Hofbesichtigung waren nicht möglich. Das Gebäude wurde gemäß den Unterlagen der digitalen Bauakte in den Jahren 2017 – 2018 modernisiert. Das Gebäude macht von außen einen durchschnittlich gepflegten Gesamteindruck. Nutzung und Vermietungssituation blieben unklar. Klingelschilder konnten an keinem der beiden Hauseingänge festgestellt werden.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 20.09.2024 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

666.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.